

Amtliches Mitteilungsblatt



Studierendenparlament

Satzung nach § 18 a V BerlHG (Sozialfonds-Satzung)

Herausgeber: Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Nr. 6/2023

Satz und Vertrieb: Abteilung Kommunikation, Marketing und
Veranstaltungsmanagement

32. Jahrgang/21. Februar 2023

Satzung

nach § 18 a V BerlHG (Sozialfonds-Satzung)

Präambel

Aufgrund des § 18a des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) vom 12. Oktober 1990 (GVBl S. 2165) in der Fassung vom 13. Februar 2003 (GVBl S. 82), zuletzt geändert durch das Zwölfte Änderungsgesetz vom 12. Juli 2007 (GVBl S. 278) hat das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin am 6. Januar 2003 folgende Satzung erlassen, zuletzt geändert durch das Studierendenparlament am 13. November 2019:¹

§ 1 Gegenstand

(1) ¹Die Studierendenschaft richtet einen Fonds ein, aus dem Zuschüsse an Studierende nach § 18 a Abs. 5 BerlHG geleistet werden. Er speist sich aus dem Beitrag in Höhe von 6,50 Euro, ab dem Wintersemester 2013/14 in Höhe von 8,00 Euro je StudierendeR und den Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der nach § 18 a Absatz 4 BerlHG eingezogenen Beiträge. ³Die Beitragspflicht bestimmt sich aus der Satzung nach § 18 a Absatz 4 BerlHG. ⁴Nicht verbrauchte Mittel werden im jeweils folgenden Semester zur Finanzierung der allgemeinen Kosten des Semesterticket-Büros, sowie für Zuschüsse gemäß § 18 a Absatz 5 BerlHG verwendet.

(2) ¹Studierende, die nicht nach der Satzung nach § 18 a Abs. 3 BerlHG (Semesterticket-Satzung), bzw. nach § 1 Abs. 4 Vertrag VBB Semesterticket, von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreit sind, können nach den Regelungen dieser Satzung einen Zuschuss zum Ticketpreis beantragen. ²Von der Studierendenschaft nach dieser Satzung gewährte Leistungen erfolgen auf Grund von Einzelfallentscheidungen nach Maßgabe der der Studierendenschaft im Fonds nach Absatz 1 zur Verfügung stehenden Mittel. ³Ein Rechtsanspruch der Antragsberechtigten auf Leistungen nach Satz 1 besteht nicht.

§ 2 Antrags- und Bedarfsfeststellungsverfahren

(1) ¹Antragsberechtigt sind an der Humboldt-Universität zu Berlin immatrikulierte Studierende. ²Zuschussberechtigt sind Studierende, die nachweisen können, dass ihr monatliches Einkommen den Bedarf im Sinne von Absatz 3 und 4 nicht überschreitet. ³Zusätzlich können im Berechnungszeitraum auftretende besondere Härten im Sinne von Absatz 2 begründet geltend gemacht werden, die das Aufbringen des Semesterticket- Beitrages erheblich erschweren. ⁴Der Berechnungszeitraum umfasst sechs Monate. ⁵Für das Sommersemester sind dies die Monate Juli bis Dezember des jeweilig davorliegenden

Kalenderjahres. ⁶Für das Wintersemester sind dies die Monate Januar bis Juni des jeweiligen Kalenderjahres. ⁷Für Studierende die sich immatrikulieren wird der Berechnungszeitraum rückwirkend ab dem ersten Tag des Monats berechnet in dem der Antrag gestellt wird.

(2) Als besondere Härten gelten insbesondere

1. die Studienabschlussphase (z.B. Anfertigung der Studienabschlussarbeit bei Magister/Diplom/Bachelor/Master bzw. Prüfungsphase bei Staatsexamina),
2. ein unentgeltliches oder gering vergütetes Praktikum mit mindestens 30 Stunden Arbeitszeit pro Woche und einer Dauer von mindestens drei Monaten,
3. für ausländische Studierende die Einschränkung der Arbeitserlaubnis,
4. Studierende, die oder deren Kind(er) einen Anspruch auf laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB II oder SGB XII haben,
5. Alleinerziehung mindestens eines Kindes,
6. Schwangerschaft,
7. eine nachgewiesene Behinderung oder chronische Krankheit,
8. die Erziehung einer/eines Haushaltsangehörigen unter achtzehn Jahren,
9. die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen,
10. im Berechnungszeitraum anfallende Kosten für notwendige medizinische oder psychologische Versorgung, nicht getragen durch eine Krankenversicherung, soweit sie einen Betrag von 250 € überschreiten,
11. oder im Einzelfall sonstige vergleichbare Härten.

(3) ¹Als monatlicher Bedarf gilt ein Grundbedarf von 475 €.

²Zusätzlich werden angerechnet:

1. die Kosten der Unterkunft, einschließlich Heizkosten, höchstens jedoch 400 €. Bei zusätzlichen Heizkosten kann eine monatliche Heizkostenpauschale in Höhe von 74 € berücksichtigt werden. Für jede weitere Person, gegenüber der die/der Studierende Unterhalt leistet oder unterhaltsverpflichtet ist und die im selben Haushalt wohnt, erhöht sich der Betrag für die Kosten der Unterkunft um bis zu 370 €, höchstens jedoch bis zu den Kosten der Unterkunft einschließlich Heizkosten. Bei weiteren Personen und zusätzlichen Heizkosten kann die zu

¹ Genehmigt vom Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin am 08. Dezember 2022

berücksichtigende Heizkostenpauschale anteilig erhöht werden. Für Menschen, die Anspruch auf Berücksichtigung der besonderen Härte „nachgewiesene Behinderung oder chronische Erkrankung“ haben, können höhere Kosten für Unterkunft und Heizkosten angerechnet werde.

2. für Studierende, die mindestens ein minderjähriges Kind allein erziehen, ein Mehrbedarf in Höhe von 156 €,

3. für nachweisbar behinderte oder chronisch kranke Studierende ein Mehrbedarf in Höhe von 89 €,

4. für jede weitere Person, gegenüber der die/der Studierende Unterhalt leistet oder unterhaltsverpflichtet ist, ein Mehrbedarf in Höhe von 353 €,

5. für jede weitere behinderte oder chronisch kranke Person, gegenüber der die/der Studierende Unterhalt leistet oder unterhaltsverpflichtet ist einen Mehrbedarf in Höhe von 89 €,

6. für schwangere Studierende ein Mehrbedarf in Höhe von 89 €, wenn nicht für dasselbe Kind bereits ein Bedarf nach Nr. 4 berücksichtigt wird,

7. Beiträge, die Studierende für ihre Kranken- und Pflegeversicherung aufwenden, soweit sie

a. nach § 5 I Nr.9 oder 10 SGB V versichert sind, der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beigetreten sind oder

b. bei einem Krankenversicherungsunternehmen, das die in § 257 II a und II b SGB V genannten Voraussetzungen erfüllt, versichert sind und aus dieser Versicherung Leistungen beanspruchen können, die der Art nach den Leistungen des fünften Sozialgesetzbuches mit Ausnahme des Kranken und Mutterschaftsgeldes entsprechen,

8. ein Bedarf nach § 2 Absatz 2 Nr. 10, der sich aus den gesamten Kosten, oder aus satzungsmäßigen Zusatzkosten ergibt,

9. ein Bedarf für Schulden, deren Tilgung im Berechnungszeitraum fällig ist oder wird, bis zu 30% des Einkommens oder der konkrete Rückzahlungsbetrag in seiner vollen Höhe, sofern er die 30% überschreitet,

10. für ausländische Studierende eine Pauschale in Höhe von 154 €.

(4) ¹Die Studierenden haben ihr gesamtes Einkommen zur Beschaffung des Semestertickets einzusetzen. ²Zum Einkommen gehören alle Netto-Einkünfte in Geld und Geldeswert. ³Leistungen nach Bestimmungen des BAföG werden voll angerechnet. ⁴Leistungen nach Bestimmungen des WoGG werden in dem Maße (prozentual)

angerechnet, in dem auch die Miethöhe im Bedarf berücksichtigt wurde.

⁵Von ihm sind abzusetzen:

1. für Studierende, deren Hauptwohnsitz außerhalb des Tarifbereichs Berlin ABC liegt, ein Betrag von monatlich einem Sechstel des Betrages für das in Teil C Punkt 1.5 VBB-Tarif (Zusatticket zum Semesterticket Berlin) Zusatticket, abgerundet auf ganze Euro,

2. Arbeitsvermittlungsgebühren.

(5) ¹Studierende haben ihr Vermögen einzusetzen, soweit dies zumutbar ist.

²Von ihm sind abzusetzen:

1. ein Grundbetrag von 200 € je vollendetem Lebensjahr für die/den Antragstellende/n und ihre/n bzw. seine/n Partner/in (jeweils mindestens 4.100 € höchstens 13.000 €),

2. angespartes Altersvermögen nach der Riester-Rente, das durch Bundesmittel gefördert wird, wenn das Vermögen nicht vorzeitig verwendet wird,

3. angespartes Altersvermögen, das erst mit dem Eintritt in die Altersrente ausgezahlt wird, bis zu einer Höhe von 200 € pro Lebensjahr bis zu einem Höchstbetrag von jeweils 13.000 €,

4. eine selbstgenutzte Immobilie im Rahmen der unter Punkt 1 genannten Höchstgrenze,

5. für jedes Kind einen Freibetrag in Höhe von 4.100 €,

6. ein Freibetrag für notwendige Anschaffungen in Höhe von 750 € für jede/n in der Bedarfsgemeinschaft lebende/n Hilfebedürftige/n.

§ 3 Vergabekriterien

¹Bei Studierenden, erfolgt eine Zuzahlung zum Semesterticket-Beitrag

1. nach dem Verhältnis von Einkommen und Bedarf und

2. nach dem Vorliegen von Härtegründen, die sich aus § 2 Absatz 2 Nr. 1 bis 10 ergeben, oder falls sie in einer Entscheidung nach § 2 Absatz 2 Nr. 11 anerkannt werden.

²Wird nur nach § 3 1. ein Zuschuss vergeben, stellt dies die Härte „geringes Einkommen“ im Sinne von § 18a Absatz 5 BerlHG dar. Die Punkte, die für diese Härte vergeben werden, entsprechen den nach §4 Absatz 1 vergebenen Einkommenspunkten.

§ 4 Bewertung der Kriterien

(1) Um das Zuschusskriterium des § 3 Nr. 1 zu bewerten, wird für je angefangene 17 €, die das Einkommen im Sinne von § 2 Absatz 4 unter dem Bedarf im Sinne von § 2 Absatz 3 liegt, für den Antragsteller oder die Antragstellerin ein Punkt vergeben.

(2) ¹Um das Zuschusskriterium des § 3 Nr. 2 zu bewerten, werden für jede vorliegende Härte zusätzlich 5 Punkte vergeben.

§ 5 Verteilung der Mittel

(1) ¹Für die Verteilung der Mittel wird ein Stichtag vom Semesterticketbüro des RefRat der HU festgesetzt. ²Liegt der Stichtag vor Ablauf der Antragsfrist im Sinne von § 7 Satz 1 für Studierende, die sich immatrikulieren, so werden für das Wintersemester höchstens 90% ausgeschüttet, für das Sommersemester höchstens 95%. Die auszusüttenden Mittel werden so vollständig wie möglich unter denjenigen Studierenden verteilt, über deren Antrag bis zu diesem Zeitpunkt positiv entschieden wurde.

(2) ¹Die Zuschüsse werden so verteilt, dass der tatsächliche Zahlungsbetrag je Punkt gemäß § 4 für jede Berechtigte und jeden Berechtigten gleich ist. ²Würde auf diese Weise der volle Preis des Semestertickets je Semester einschließlich des Sozialfondsbeitrages überschritten, wird nur dieser Betrag vergeben (Vollzuschuss). ³Besteht eine Beitragspflicht nur für einen Teilzeitraum des Semesters, so ist der errechnete Betrag mit der Zahl der beitragspflichtigen Monate zu multiplizieren und durch sechs zu teilen. ⁴Zur Feststellung der Zuschussberechtigung wird vor der Auszahlung ein Datenabgleich anhand des Namens, der Immatrikulationsnummer und des Geburtsdatums mit der Universitätsverwaltung durchgeführt. ⁵Am Ende des jeweiligen Semesters erfolgt ein zweiter Datenabgleich. ⁶Wird dabei festgestellt, dass eine Überzahlung erfolgte, werden diese zurückgefordert.

(3) ¹Übrig bleibende Mittel werden in der Reihenfolge des Antragseingangs an Studierende ausgeschüttet, über deren Antrag erst nach dem Stichtag entschieden werden kann. ²Für die Höhe dieser Zuschüsse ist für jede Punktzahl derjenige Zahlbetrag maßgeblich, der nach Absatz 2 an sich zurückmeldende Studierenden vergeben wurde. ³Danach übrigbleibende Mittel werden auf das nächste Semester übertragen.

§ 6 Antragsformular

¹Der Antrag muss das vollständig ausgefüllte Formblatt, alle Nachweise sowie eine unterschriebene Versicherung über die Richtigkeit aller gemachten Angaben enthalten. ²Alle Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

§ 7 Antragsfristen

¹Für das Sommersemester muss der Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket im Januar oder Februar während des davor liegenden Wintersemesters eingehen. ²Für das Wintersemester muss der Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket im Juni oder Juli während des davor liegenden Sommersemesters eingehen. ³Für Studierende, die sich immatrikulieren muss der Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket bis spätestens sechs Wochen nach der Einschreibung eingehen. ⁴Für die Antragsfristen gibt es jeweils eine Nachfrist von 14 Tagen, in der die Studierenden aufgefordert sind, ihren Antrag vollständig einzureichen. ⁵Nach Ablauf der Frist wird der Antrag nicht mehr bearbeitet, es sei denn die/der Studierende kann nachweisen, dass sie/er die Gründe zur Überschreitung der Frist nicht zu vertreten hat. ⁶Für die Berechnung der Zuschusssumme gelten dann die Regelungen des § 5 Absatz 3 sinngemäß.

§ 8 Bewilligungszeitraum

¹Entscheidungen gelten nur für Beitragszahlungen, zu denen die oder der Studierende von der Hochschule aufgefordert wurde. ²Ein rückwirkender Zuschuss wird nicht gewährt.

§ 9 Antragsbearbeitung

(1) ¹Der ReferentInnenrat (gesetzl. AStA) kann mit der Hochschulverwaltung eine Verwaltungsvereinbarung über die Zuständigkeit für die Entscheidung über alle Anträge auf Zuschüsse abschließen. ²Alle personenbezogenen Daten sind vertraulich zu behandeln.

(2) ¹Das Ergebnis ist der/dem Studierenden schriftlich mitzuteilen. ²Dabei ist anzugeben, wie viele Punkte an die/den Studierende/n vergeben wurden und ab welcher Punktzahl ein Vollzuschuss vergeben wurde. ³Die Nichtanerkennung von geltend gemachten Härten ist zu begründen.

(3) ¹Falls der/dem Studierenden ein Zuschuss zum Semesterticket gewährt wird, ist dieser an sie oder ihn auszuzahlen. ²Ist der Semesterticket-Beitrag noch nicht bei der Universität eingegangen, so wird der Zuschuss von der Studierendenschaft direkt an die Universität gezahlt. ³Die/der Studierende ist dann davon zu unterrichten, dass sie/er nur noch den Restbetrag entrichten muss.

§ 10 Übergangs- und Schlussbestimmungen

(1) § 2 Absatz 4 Satz 5 Nr. 1 entfällt, sobald das Semesterticket an der Humboldt-Universität zu Berlin für den gesamten Tarifraum Berlin-Brandenburg gilt.

(2) ¹Diese Satzung tritt mit der Veröffentlichung im *Amtlichen Mitteilungsblatt der Humboldt Universität Berlin* rückwirkend zum 01. Januar 2020 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.